



ChristInnen schauen zu, wie MuslimInnen fliehen: Tausende werden am 7. Februar von der afrikanischen Eingreiftruppe Misca aus der Hauptstadt eskortiert. FOTO: JEROME DELAY, KEYSTONE

ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK

Trauer um die Heimat, die keine mehr ist

Staatsversagen, Propaganda und knappe Ressourcen haben in der Zentralafrikanischen Republik zu einem grausamen Konflikt geführt. Auch internationale Eingreiftruppen sind bisher machtlos.

VON BETTINA RÜHL, BANGUI

Aus einem halb zerstörten Haus in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, kommen dumpfe Schläge, gelegentlich hellere, metallische Töne. Eine Gruppe von Plünderern ist dabei, die letzten Bauteile aus einem zerschlagenen Gebäude zu lösen. «Das Haus gehörte einem Muslim», krakeelt ein junger Mann mit Rastalocken und Machete, «die haben es alle nicht besser verdient.»

Der Eigentümer des Hauses wurde vor einer Woche von einer Meute mit Macheten zu Tode gehackt. Eine schaulustige Menge sah johlend zu und applaudierte. Nach Angaben des Zentralafrikanischen Roten Kreuzes werden derzeit in Bangui täglich ein Dutzend solcher Morde verübt. Die meisten Toten bleiben für die Öffentlichkeit namenlos, aber dieser Fall machte Schlagzeilen: Das Opfer war ein ehemaliger Minister namens Joseph Kalité.

Kalité gehörte zur Regierung von Übergangspräsident Michel Djotodia, der Anfang Januar unter dem Druck des benachbarten Auslands zurücktreten musste. Djotodia hatte sich im März 2013 an der Spitze der überwiegend muslimischen Rebellenkoalition Séléka (Allianz) an die Macht geputscht und damit den Verfall des seit Jahren kaum noch existenten zentralafrikanischen Staats dramatisch beschleunigt. Die Rebellen begingen und begehen schwere Kriegsverbrechen an der mehrheitlich christlichen Bevölkerung, die daraufhin ihrerseits bewaffnete Gruppen bildete. Unter dem Namen Anti-Balaka, «Gegen die Macheten», fanden sich lokale Milizen, Deserteure der Armee und Banditen zusammen, die seither grausame Verbrechen an den Muslimen begehen und immer hemmungsloser plündern.

Neue Formen der Gewalt

Djotodias erzwungener Rücktritt am 10. Januar und die Wahl der neuen Übergangspräsidentin Catherine Samba-Panza wenig später gaben Anlass zur Hoffnung. Die aber ist bereits nach wenigen Tagen verflogen, in der Hauptstadt nimmt die Gewalt wieder zu. Die Form der Gewalt hat sich unterdessen verändert. «Wir haben es heute mehr und mehr mit Gewaltverbrechen an der Bevölkerung zu tun», sagt General Francisco Soriano, Oberbefehlshaber der 1600-köpfigen französischen Militärmission «Sangaris». Militärische Auseinandersetzungen seien in der Hauptstadt inzwischen die Ausnahme.

Der französische Präsident François Hollande entsandte die Soldaten der «Sangaris», benannt nach einer afrikanischen Schmetterlingsart, Anfang Dezember (siehe WOZ Nr. 50/13). Der UN-Sicherheitsrat hatte der Mission vorher zugestimmt. Die französischen Soldaten sollen laut offizieller Erklärung der inzwischen 5000-köpfigen afrikanischen Eingreiftruppe Misca (Internationale Unterstütmismission für Zentralafrika) sekundieren und «eine menschliche Katastrophe verhindern», wie Hollande es formulierte. Er versprach die Entwaffnung der Kämpfer und einen «kurzen Einsatz».

Gut zwei Monate später ist deutlich: Die Hauruckbefriedung ist gescheitert. Die Uno geht von bereits 2000 Toten seit Beginn der Krise aus. Und es werden täglich mehr. Der Mob ist entfesselt, in Bangui gehören grausame Lynchmorde fast zur Tagesordnung. In der vergangenen Woche begingen auch Soldaten der zentralafrikanischen Armee einen spontanen Mord: Mitten in Bangui lynchten sie einen Muslim, begleitet vom Applaus der Menge, gefilmt von mehreren Handys.

Zwar mordeten und plünderten die Täter im Zweifelsfall im Namen einer bewaffneten Gruppe, sagt General Soriano, aber «tatsächlich verfolgen sie ihre eigenen Interessen. Sie nutzen das Chaos, um sich zu bereichern oder um alte Rechnungen zu begleichen.» Viel zu oft kommen die französischen und afrikanischen Eingreiftruppen zu spät, um solche Verbrechen zu verhindern. Von Scheitern will der General trotzdem nichts hören: Die französischen Militärs verhinderten in Bangui jeden Tag fünfzehn bis zwanzig Verbrechen, die Soldaten der Misca noch einmal so viele. «Aber wir können nicht in allen Gassen und hinter jedem Haus stehen.»

Macheten für drei Franken

In den muslimischen Vierteln von Bangui steigt derweil der Hass auf die Franzosen. Zum Beispiel im Stadtteil PK 5, einst ein lebendiger Handelsplatz und nun halb verwaist. «Die Franzosen unterstützen die Anti-Balaka», ruft ein junger Mann mit einem Spitzbart. «Sie lassen ihnen nicht nur ihre Macheten, sondern geben ihnen sogar noch Waffen.» Eines Tages werde er sich einen Sprengstoffgürtel umschnallen und möglichst viele Franzosen mit in den Tod nehmen.

Ein anderer fuchtelt mit einer blitzenden Machete herum. «Die habe ich mir extra gekauft, um den Franzosen die Kehle durchzuschneiden», sagt er, bebend vor Hass.

«Dass wir die Anti-Balaka unterstützen, ist kompletter Unsinn», sagt General Soriano, dem die Vorwürfe gegen seine Truppe längst zu Ohren gekommen sind. Die Mission «Sangaris» gehe gegen alle bewaffneten Gruppen mit gleicher Entschiedenheit vor. Die französischen Militärs hätten von den Séléka-Rebellen schon «viele» Kriegswaffen requiriert; wie viele genau, will der General nicht verraten. «Ausserdem mehrere Hundert Jagdgewehre und mehr als 4000 Macheten, Messer und andere Stichwaffen, wie sie typischerweise von den Kämpfern der Anti-Balaka verwendet werden.»

Allerdings sind Macheten bei der Feldarbeit ein wichtiges Werkzeug, weshalb überall Nachschub erhältlich ist. In Bangui sind Macheten für gerade mal 1500 zentralafrikanische Francs zu haben, umgerechnet knapp drei Franken. Angesichts der vielen Kämpfer dürfte der Verlust der bisher beschlagnahmten Waffen für die Séléka und die Anti-Balaka sowieso leicht zu verschmerzen sein. Ein in Bangui lebender Diplomat schätzt die Stärke der Séléka auf 22.000 Mann, die der Anti-Balaka auf das Doppelte. Wobei beide Milizen sehr informelle und lose Verbände sind, deren Mitgliederzahl sich vermutlich ständig verändert.

Thierry Vircoulon von der Krisenpräventionsorganisation International Crisis Group hält die versprochene Entwaffnung der Kämpfer durch die Franzosen für gescheitert. «Dabei wäre es anfangs so einfach gewesen», sagt Vircoulon, «denn nach Djotodias Rücktritt warteten die meisten Séléka-Kämpfer geradezu auf ein Entwaffnungsprogramm.» Nachdem wochenlang nichts geschah, «verschwanden etliche von ihnen mit ihren Waffen aus Bangui und kämpften jetzt in den Regionen weiter». Auch dort verschlechtert sich die Lage deshalb von Tag zu Tag.

Die Vereinten Nationen warnen schon seit Wochen vor einem Völkermord. «Was hier passiert, ist schockierend, verstörend, furchtbar», sagt Abdou Dieng, UN-Koordinator der Hilfsaktionen für die Zentralafrikanische Republik. «Der Staat existiert nicht mehr, die Menschen sind sich selbst überlassen. Sie haben nichts zu essen, keinen Zugang zu medizinischer Hilfe und kein sauberes Trinkwasser.» In dem Land von der doppelten Grösse Deutschlands sind nach UN-Angaben mehr als 900.000 Menschen auf der Flucht, fast die Hälfte der 4,6 Millionen EinwohnerInnen auf Hilfe angewiesen. «Alle Alarmsignale stehen auf Rot», warnt Dieng.

MuslimInnen und ChristInnen lebten bislang halbwegs friedlich zusammen, aber

Fortsetzung auf Seite 10

DIE WURZELN DES KONFLIKTS

Kampf um Ressourcen

Etwa achtzig Prozent der zentralafrikanischen Bevölkerung sind ChristInnen oder AnimistInnen, zehn bis fünfzehn Prozent MuslimInnen. Die Religionsgruppen unterscheiden sich nicht nur durch ihren Glauben, sondern auch ethnisch und sozial: Die meisten MuslimInnen gehören zum Volk der Peul. In den ländlichen Regionen halten sie Vieh, in den Städten treiben sie Handel.

Auf dem Land konkurrieren Hirtinnen und Bauern wie so oft in trockenen Regionen um Wasser und Boden. Weil die Bevölkerungsdichte zunimmt, werden die Konflikte immer öfter mit Waffen ausgetragen, und sie werden häufig ins Religiöse übersetzt. In den vergangenen Jahren hat sich der Kampf um die knappen Ressourcen durch den Klimawandel verschärft. Wegen der zunehmenden Trockenheit im Tschad zogen immer mehr HirtInnen aus dem Nachbarland mit ihren grossen Herden südwärts in die Zentralafrikanische Republik. Verstärkt wird die soziale Konkurrenz durch das jahrzehntelange Versagen des zentralafrikanischen Staats. Die ländlichen Gebiete wurden komplett vernachlässigt, abgesehen von den Heimatregionen der jeweiligen Präsidenten. Bildungsangebote und Arbeitsmöglichkeiten fehlen sowohl auf dem Land als auch in der Hauptstadt.

Eine internationale Dimension erhält der Konflikt durch die Bodenschätze. In Zentralafrika gibt es Uran, Gold, Diamanten. Die Vorkommen werden aufgrund der chronischen Spannungen nicht gefördert. Der französische staatliche Energiekonzern Areva (vgl. Seite 7) hält eine Konzession für Uranabbau, die aber ebenfalls ungenutzt ist.

BETTINA RÜHL

Fortsetzung von Seite 9

unter der Oberfläche gab es schon lange Resentiments. Der wirtschaftliche Erfolg vieler MuslimInnen, die in den Städten vor allem als HändlerInnen lebten, schürte Sozialneid.

Der von den Séléka-Rebellen im März 2013 gestürzte christliche Präsident François Bozizé hatte die Ressentiments zusätzlich angeheizt: Vor allem im Jahr vor seinem Sturz waren viele seiner Reden offen antimuslimisch. Bozizé gehört einer der vielen freikirchlichen Glaubensgemeinschaften an, deren Zahl und Einfluss nicht nur in der Zentralafrikanischen Republik zunimmt, sondern in vielen afrikanischen Ländern. Diese zum Teil langjährigen Vorbehalte und entsprechende Predigten wurden zum Nährboden für die Gewalt, die nun explodiert.

Unsichtbare MuslimInnen

Die Plünderer in der Ruine des Hauses des ermordeten Ministers Kalité sind inzwischen schon ein gutes Stück weiter: Einige hebeln mit ihren Macheten Bodenfliesen heraus, während andere die letzten Dachbalken zerschlagen. «Sobald ich einen Muslim sehe, bringe ich ihn um», sagt einer aus der Gruppe. «Muslime sind dumm.» Ein elfjähriger Junge versichert mit noch piepsiger Kinderstimme, auch er wolle alle Muslime töten. «Das sind schlechte Menschen.» Bewaffnet ist er mit einer Axt im Miniaturformat und genug Propaganda im Hirn für die kommenden Jahre. Dann fallen erste Schüsse, Panzerrollen heran, die Plünderer rennen davon: Französische Soldaten betreten die Szene. Die Plünderer werden hinter der nächsten Ecke warten und dann wiederkommen, um die letzten Balken von Kalités Haus wegzutragen. Und sich dann anderen Opfern zuwenden.

Um den Mördern zu entgehen, versucht Erwé Wasseré, möglichst unsichtbar zu werden. Im Haus trägt der 43-Jährige eine hellblaue, goldgelb bestickte Gandura, das bodenlange Gewand vieler Muslime. Würde er aus dem Haus gehen, zöge er Hemd und Hose an, aus Sicherheitsgründen. Aber er ist im Viertel als Muslim bekannt und geht deshalb aus Angst um sein Leben sowieso nicht mehr vor die Tür. Ausserdem hätte er draussen

kaum noch ein Ziel: Sieben seiner muslimischen Freunde wurden schon ermordet, die meisten übrigen sind geflohen. Die Moscheen im Stadtteil sind ausgebrannt oder zerschlagene Ruinen, geblieben ist nur der zentrale Gebetsraum. Aber der Weg dahin ist weit – «viel zu gefährlich», sagt Wasseré. Also rollt er seine Matte zu Hause aus und betet im Verborgenen. «Ich lebe wie in einem Gefängnis.»

Dabei wäre Wasseré noch bis vor zwei Jahren ein Beispiel für das relativ gute Miteinander der Religionen gewesen. Sein Vater war Muslim, seine Mutter Christin. Er selbst wurde zunächst katholisch getauft und konvertierte später zum Islam. Seine Frau Princia Kossingou ist Christin. Das Paar hat seine neun Kinder teils christlich taufen lassen, teils in den Islam eingeführt. «Aber jetzt lehnt mich sogar ein Teil meiner Familie ab», bedauert Wasseré. «Sie sagen, die Muslime seien schlechte Menschen.» Nur seine Frau hält noch zu ihm. Doch auch sie bittet ihn immer wieder, sie doch lieber in die Kirche zu begleiten. «Er kann dort ja zu seinem Gott beten», sagt sie. «In die Moschee zu gehen, ist einfach zu gefährlich.»

Selbst ihre Kinder würden bedroht, sagen Wasseré und seine Frau. Den muslimischen unter ihnen haben sie Gandura und Kopftuch inzwischen verboten. Auch wirtschaftlich ist das Überleben der Familie schwer geworden: Wasseré ist Diamantschürfer, aber wegen der Gewalt ist der Weg zu den Fundstellen schon seit Monaten viel zu gefährlich. Bis jetzt konnte die Familie von ihren Ersparnissen und gelegentlichen Hilfslieferungen leben. «Aber langsam sind wir am Ende», sagt Kossingou. Die Zukunft ist ein grosses schwarzes Loch.

Geteilte Stadt

Knapp 300 Kilometer entfernt, im Ort Bossangoa, empfängt Régina Kopeguende an diesem Tag zum ersten Mal seit Wochen wieder Freude. Die 27-Jährige hat am Vormittag beobachtet, wie fast tausend MuslimInnen auf LKWs und Pick-ups gestiegen sind. Eskortiert von der afrikanischen Eingreiftruppe Misca, sind

sie in den Nachbarstaat Tschad geflohen. Viele unter Tränen und voller Abschiedsschmerz.

In Bossangoa ist die Teilung der Stadt zwischen MuslimInnen und ChristInnen seit Monaten de facto vollzogen. Seit dem Einmarsch der Séléka im September gab es im Zentrum des Orts eine Art unsichtbare Grenze zwischen den Religionsgruppen. Wer es wagte, sie in die eine oder andere Richtung zu überschreiten, riskierte das Leben. Rund 35 000 ChristInnen flüchteten sich in dieser Zeit zum Bischofssitz, etwa 7 000 MuslimInnen retteten sich auf das Grundstück einer Schule – fast die gesamte Bevölkerung des Orts lebt in einem der beiden Vertriebenenlager. In beiden hört man ähnlich grausame Geschichten.

«Die Rebellen der Séléka haben meinem Mann mit einem Messer den Kopf abgesägt», sagt Régina Kopeguende. Die Christin packte ihre fünf Kinder und floh zum Bischofssitz. Dort leben sie seit Anfang September mit ihrer Trauer und Ratlosigkeit, was die eigene Zukunft angeht.

Auch Imam Ismail Nafir hat nahe Angehörige verloren. Milizionäre der Anti-Balaka töteten fünf seiner sechzehn Kinder. «Einen meiner Söhne haben sie mit der Machete enthauptet, die anderen erschossen.» Der Imam ist einer der wenigen, die nicht von Hass sprechen. Dafür umhüllt ihn Trauer, nicht nur um seine Söhne. Sondern auch um eine Heimat, die keine mehr ist und die er nicht mehr versteht. Er wartet nur auf den nächsten Konvoi, um in den Tschad zu fliehen.

PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchierfonds des Fördervereins ProWOZ. Der Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0

DOW CHEMICAL

Von Bhopal an die Olympischen Spiele

Der US-Chemiekonzern Dow Chemical soll auch in Sotschi als «offizieller CO₂-Partner» für die «Minderung des ökologischen Fussabdrucks» der Olympischen Spiele sorgen. Das Olympische Komitee hat vor vier Jahren mit Dow Chemical einen Zehnjahresvertrag abgeschlossen.

Katastrophal für Mensch und Umwelt war hingegen der Unfall in einer Pestizidfabrik in der indischen Grossstadt Bhopal, bei dem im Jahr 1984 mehrere Tonnen giftiger Stoffe austraten. Der bisher schlimmste Chemieunfall der Geschichte tötete gegen 20 000 Menschen und forderte 500 000 Verletzte. Dreissig Jahre nach dem Unglück ist die Region immer noch verschmutzt, viele BewohnerInnen leiden an Folgeschäden. Die Fabrik gehörte dem US-Konzern Union Carbide, der 2001 von Dow gekauft wurde.

Am vergangenen Montag mussten in Bombay neun AktivistInnen und sechs Organisationen vor einem Gericht erscheinen, weil Dow gegen sie klagt. Das angebliche Verbrechen der Angeklagten ist, dass sie mit Demonstrationen und Streiks Dow dazu bringen wollen, Verantwortung für die Katastrophe zu übernehmen. Union Carbide und Dow verweigern das bis heute. In der Anklageschrift, die der WOZ vorliegt, fordert Dow eine Entschädigung von umgerechnet 360 000 Franken – für Schäden, die die Firma wegen vergangener Aktionen erlitten haben soll. Zudem solle das Gericht zukünftige Streiks und Demonstrationen vor Firmengebäuden verbieten. Es ist bereits die vierte Klage von Dow gegen AktivistInnen, die sich für die Opfer einsetzen.

Gleichzeitig kämpft die nichtstaatliche Organisation Earth Rights International in einem Gerichtsprozess in New York gegen Dow. Am 5. Februar hat sie neues Beweismaterial geliefert, das die direkte Verantwortung von Union Carbide für den Unfall bezeugt. 2012 hatte Dow einen ähnlichen Prozess mangels Beweisen gewonnen – jetzt könnten die Aussagen von ehemaligen Angestellten der Fabrik zu einem anderen Urteil führen.

JONAS AEBI

REKLAME

WOZ UNTERWEGS

«Das Rote Berlin»

Touren durch die Geschichte einer bewegten Stadt. Vom 20. bis 26. Juli 2014



Weitere WOZ-Reisen 2014
Wien vom 21. bis 28. Juni 2014 / Baskenland vom 13. bis 21. September 2014
Das detaillierte Programm zu Wien finden Sie unter www.woz.ch/unterwegs. Das Programm zur Reise ins Baskenland ist zurzeit in Arbeit und wird demnächst fertig. Melden Sie sich bei uns, wenn Sie sich für eine der Reisen interessieren: unterwegs@woz.ch. Wir freuen uns.

Reisen Sie mit der WOZ nach Berlin. Folgen Sie uns an die Orte der Revolutionskämpfe von 1918 bis 1920 und des Widerstands gegen den Faschismus. Sprechen Sie mit einem ehemaligen Häftling des KZ Sachsenhausen, mit einer Zeitzeugin der DDR, aber auch mit VertreterInnen sozialer Berliner Bewegungen der Achtzigerjahre und von heute.

Um sich mit den Reiserlebnissen auseinanderzusetzen, wird die Reisegruppe gemäss der Methode der Themenzentrierten Interaktion (TZI) begleitet.

Interessiert? Weitere Informationen finden Sie unter www.woz.ch/wozunterwegs – oder rufen Sie uns an: 044 448 14 83.

Anmeldeschluss ist der 25. März 2014.